

ROTER FADEN

Kommunalwahlprogramm der Jusos
in Stadt & Landkreis Rosenheim



*Unser Plan für eine
junge, gerechte,
solidarische Zukunft*

Herausgeber:

Jusos Rosenheim Stadt, vertreten durch Reka Molnar und Jonah Werner (Vorsitzende)

Jusos Rosenheim Land, vertreten durch Elias Kargl
(Vorsitzender)

SPD Rosenheim
Färberstraße 23
83022 Rosenheim

Vorwort

Unsere Region steht vor großen Herausforderungen: der Klimakrise, einem angespannten Wohnungsmarkt, fehlenden Freizeit- und Kulturangeboten, einer überholten Verkehrspolitik und zunehmender sozialer Ungleichheit. Gleichzeitig steckt in unserer Region riesiges Potenzial. Als junge Generation haben wir Lust, unsere Stadt und unseren Landkreis mutig und gerecht zu gestalten. Wir wollen mehr als nur zuschauen – wir wollen handeln.

Unser Wahlprogramm ist der "Rote Faden", der klare Visionen mit konkreten Ideen verbindet. Es ist das Ergebnis intensiver Treffen junger Menschen aus Stadt und Landkreis mit den Jusos, die gemeinsam an einem Programm gearbeitet haben, das überzeugt, begeistert und inspiriert. Es geht nicht nur um Rosenheim als Stadt, sondern um den gesamten Landkreis und alle Gemeinden. Es geht um echte Jugendbeteiligung, um bezahlbares Leben, um Klima- und Verkehrswende, um Freizeit und Kultur, um Chancen und Gerechtigkeit.



Dieses Programm ist ein Versprechen: Wir Jusos stehen für eine junge, inklusive und solidarische Kommunalpolitik. Wir laden alle ein, diesen Weg mit uns zu gehen.

*Eure Vorsitzenden der JUSOS
in Stadt und Landkreis
Rosenheim*



Jonah Werner
Co-Vorsitzender
Rosenheim-Stadt
Rosenheim
Platz 3



Reka Molnar
Co-Vorsitzender
Rosenheim-Stadt
Rosenheim
Platz 8



Elias Kargl
Vorsitzender
Rosenheim-Land
Kolbermoor
Platz 7



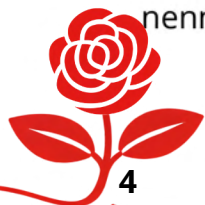
Überblick

Mobilität: Für ein sicheres, gerechtes und klimafreundliches Verkehrssystem	4
Klima und Umwelt: Für ein Rosenheim mit Zukunft	11
Freizeit, Sport und Stadtleben: Räume für uns alle	17
Kultur: Vielfalt fördern, Barrieren abbauen	22
Bildung und Schule: Für gerechte Chancen und mehr Demokratie	26
Wohnen: Bezahlbar, vielfältig, solidarisch	30
Jugendbeteiligung und Demokratie: Mitreden statt abwarten	34
Schlusswort	39
Danksagung	40



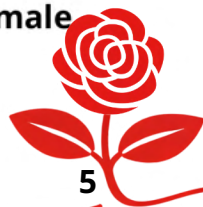
Mobilität: Für ein sicheres, gerechtes und klimafreundliches Verkehrssystem

Eine zukunftsfähige Mobilität beginnt mit der **Förderung des Radverkehrs**. In Rosenheim sehen wir darin einen zentralen Hebel für **Klimaschutz, Lebensqualität und Gesundheit** – und zugleich ein enormes **Potenzial für Tourismus und Standortattraktivität**. Deshalb fordern wir einen umfassenden **Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur** in der Stadt und im Landkreis. Dazu gehören **Radschnellwege (Fahrradautobahnen)**, die **das Umland sicher und schnell mit dem Stadtzentrum verbinden**, insbesondere entlang von vielbefahrenen Achsen wie **Prinzregentenstraße, Samerstraße** oder **Kufsteinerstraße**. Gleiches gilt für die Gemeinden im Landkreis, hier ist beispielhaft die **Rosenheimer Straße** in Kolbermoor, die B15 Richtung Wasserburg und die Salzburger Straße und Wasserburger Straße in Stephanskirchen zu nennen.



Das **Radwegenetz** in Stadt und Landkreis Rosenheim ist vielerorts **lückenhaft, unsicher oder schlecht gepflegt**. Wir setzen uns für **flächendeckende, gut beleuchtete, barrierefreie und durchgehend befahrbare Radwege** ein – insbesondere mit **physischer Trennung zur Fahrbahn**, damit Radfahrer:innen geschützt unterwegs sind. **30-km/h-Zonen** sollen in Wohn- und Mischgebieten verstärkt als **Fahrradstraßen** ausgewiesen werden, damit sich auch Kinder und ältere Menschen sicher fortbewegen können.

Fahrradparkhäuser – insbesondere an **Schulen, Bahnhöfen und in der Innenstadt** – **müssen Standard werden**. Bereits bei der **Bauleitplanung neuer Wohn- und Gewerbegebiete** muss auf eine umfangreichere und konsequent fahrradfreundliche Infrastruktur geachtet werden. Auch kostenfreie **Service-Stationen für kleine Reparaturen, Luftpumpen und Trinkwasserbrunnen** können die Attraktivität erhöhen. Ergänzend fordern wir ein **Bike-Sharing-System**, das sowohl **normale**



Fahrräder als auch Lastenräder anbietet – ideal für den urbanen Alltag, Familien oder auch den nachhaltigen Einzelhandel.

Um die Bedeutung des Radverkehrs auch strukturell zu verankern, braucht es endlich mehr Kompetenzen und echtes Mitspracherecht für die **Radverkehrsbeauftragten in den Stadtverwaltungen**. Diese Person soll **Ansprechstelle, Koordinationsinstanz und Motor für Verbesserungen** sein – mit direktem Zugang zu Politik und Verwaltung. **Ampelschaltungen** müssen an neuralgischen Kreuzungen – wie in den Niederlanden – **radfahrgerecht optimiert werden**, z. B. durch separate Grünphasen oder längere Grünzeiten für Radfahrende. Eine Lösung können Wetterampeln sein, die wie in Münster bei Regen oder Schnee in den “Schlechtwettermodus” schalten. Hier werden Fahrradfahrer:innen schon aus 50 Metern Entfernung erkannt und die Ampel schaltet auf grün. So verbringen Menschen auf dem Rad weniger Zeit damit zu warten und nass zu werden.



Auch der **ÖPNV** (=Öffentlicher Personen Nahverkehr) muss deutlich **attraktiver, günstiger und benutzerfreundlicher** werden. Wir fordern ein **kostenfreies oder stark vergünstigtes ÖPNV-Ticket für Schüler:innen, Auszubildende und Studierende**, das **nicht an Schularten gebunden ist** und **auch den Landkreis miteinbezieht**. **Busverbindungen müssen ausgebaut und besser aufeinander abgestimmt werden**, vor allem zu Stoßzeiten, am **Wochenende** und in den **Abendstunden**. Es braucht endlich einen verlässlichen **Sonntagsverkehr**, damit auch ohne Auto soziale Teilhabe möglich ist.

Darüber hinaus setzen wir uns für **1-Euro-Tickets am Samstag** ein, um Menschen zum Umsteigen zu motivieren, sowie für **moderne Haltestellen mit Sitzmöglichkeiten, digitalen Anzeigen und gut sichtbaren Fahrplänen**. **Park-and-Ride-Angebote mit schneller Busanbindung ins Zentrum**, beispielsweise bei Weko oder an Pendlerparkplätzen. Hier soll die Busanbindung



verbessert werden, damit ein Umstieg auf den ÖPNV überhaupt möglich ist.

Ein **Nachtbus mit Wunschhalt-System** kann besonders jungen Menschen, Frauen oder Spätschichtarbeitenden mehr Sicherheit bieten.

Wir befürworten grundsätzlich mehr und klar verständliche Ansagen in unseren Bussen auch in englischer Sprache, um Tourist:innen und Personen mit wenig deutsch Kenntnissen die Fahrt zu erleichtern. Gleichzeitig möchten wir auch unsere regionale Identifikation fördern, indem beispielsweise zusätzlich bayerische Ansagen zur Wiesnzeit oder sportspezifische Ansagen bei Heimspielen der Starbulls Rosenheim etabliert werden.

Kostenlose Parkplätze für Schüler:innen sollen geschaffen werden, um hohe Gebühren an Orten wie der Loretowiese abzufedern, bis die Voraussetzung zur Erreichung der Schule mit dem ÖPNV überall geschaffen ist.



Im Schienenverkehr sehen wir großes Potenzial und fordern die **Reaktivierung alter Bahnhaltunkte**, etwa in **Pfraundorf, Rohrdorf und Stephanskirchen**, um den Pendelverkehr zu entlasten und Landkreismgemeinden besser an Rosenheim und den Bahnhof anzubinden. Für eine langfristige Strategie muss ein **gemeinsamer Nahverkehrsplan für Stadt und Landkreis Rosenheim** konsequent umgesetzt werden.

Neue Mobilitätsformen wie das **Anrufsammeltaxi** müssen intensiver beworben und einfach verständlich gemacht werden, da viele Menschen dieses Angebot noch nicht kennen. **Bedarfsgerechte Einbahnstraßen Regelungen**, etwa stadteinwärts in der Innstraße während des Berufsverkehrs, können ebenfalls zur Entlastung beitragen.

Schließlich sollen **autofreie Zonen in der Innenstadt ausgeweitet** werden, allerdings nur mit intelligenter Verkehrslenkung und Busumleitungen, damit sie nicht zur Belastung



werden, sondern zur echten **Aufwertung der Aufenthaltsqualität** beitragen. Für mehr Sicherheit im Nachtverkehr fordern wir **Taxigutscheine für Frauen**, insbesondere in den Abendstunden, um ihnen einen sicheren Heimweg zu ermöglichen.

Rosenheim braucht eine Verkehrswende, die alle mitnimmt: klimafreundlich, sicher, sozial und inklusiv. Wir wollen, dass **Mobilität kein Privileg**, sondern ein **Menschenrecht für alle** ist – unabhängig vom Alter, Einkommen oder Wohnort.



Klima und Umwelt: Für ein Rosenheim mit Zukunft

Klimaschutz und Klimaanpassung sind keine abstrakten oder entfernten Aufgaben, sondern **eine zentrale kommunale Pflicht**, die wir mit Nachdruck verfolgen müssen, um Rosenheim fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Dabei steht die **deutliche Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Verkehr und im Gebäudebereich** ganz oben auf unserer Agenda. Hier setzen wir auf eine **Vielzahl von wirksamen Maßnahmen**: Der Ausbau von **Fernwärme in der Stadt Rosenheim**, die vor allem aus der Verbrennung von Müll in der regionalen Müllverbrennungsanlage gewonnen wird, ist ein wichtiger Schritt.

In Stadt und Landkreis Rosenheim sollen die Fernwärmenetze verstärkt auf natürliche und nachhaltige Quellen umgestellt werden, um weg von der fossilen Ressource Gas zu kommen.



Auf den Dächern aller öffentlichen Gebäude wollen wir **Solaranlagen und Dachbegrünungen verpflichtend installieren lassen**, um erneuerbare Energie dort zu produzieren, wo sie gebraucht wird.

Ein existierender **Klimawandelanpassungsplan der Stadt Rosenheim** liegt bereits vor, doch wir fordern dessen **konsequente und zügige Umsetzung**. Außerdem fordern wir einen flächendeckenden

Klimawandelwandelpassungsplan für den gesamten Landkreis unter Einbeziehung der Jugendbeiräte. Ein Schwerpunkt dabei ist die Entwicklung Rosenheims hin zur sogenannten **Schwammstadt**: Das heißt, die Stadt soll künftig in der Lage sein, Starkregen besser zu speichern und zu versickern, um Überschwemmungen zu verhindern und die Kanalisation zu entlasten. Inspiriert von Best-Practice-Beispielen wie Wien wollen wir in den heißen Sommermonaten **Sprühnebelanlagen in gepflasterten Bereichen** installieren, die für Abkühlung sorgen und die Aufenthaltsqualität deutlich erhöhen.



Der **Hochwasserschutz** muss weiter ausgebaut werden, bestehende Hilfsstrukturen sind zu stärken und präventive Maßnahmen noch stärker in den Fokus zu rücken. Auch die **Begrünung unserer Innenstädte** ist für uns essenziell. Fassaden, Dächer und öffentliche Plätze sollen zukünftig verstärkt begrünt werden – unterstützt durch einen **speziell eingerichteten Fonds**.

Die Finanzierung dieses Fonds soll unter anderem durch **Kooperationen mit Food-Truck-Unternehmen** erfolgen: Wer einen Beitrag zu dem Begrünungs-Fonds leistet, erhält im Gegenzug, sinnvoll koordiniert, einen **festen Stellplatz auf einem öffentlichen oder neu begrüntem Platz**.

Das stärkt das Stadtklima, erhöht die **Aufenthaltsqualität** und macht unsere öffentlichen Räume langfristig attraktiver – bei gleichzeitig gesicherter Finanzierung.

Solche Maßnahmen verbessern nicht nur das Stadtklima, sondern erhöhen auch die



Biodiversität und machen das Stadtbild im ganzen Landkreis attraktiver.

Der Schutz von Bäumen ist uns besonders wichtig. Für **jeden gefällten Baum muss mindestens das Doppelte an neuen Bäumen gepflanzt werden**, und das muss **rechtlich verbindlich geregelt sein**. Dabei ist entscheidend, dass die neuen Bäume sinnvoll und mit Blick auf die ökologische Vielfalt – also die Artenvielfalt und Biodiversität – in der entsprechenden Gemeinde oder Stadt verteilt und gepflanzt werden. Auch die Frage, wie Ersatzpflanzungen nach Sturm- oder Unwetterschäden organisiert werden, muss klar geregelt werden.

Die **Renaturierung der Flüsse Inn und Mangfall** ist ein weiteres wichtiges Ziel. Momentan wirken diese Gewässer in der Stadt oft wie künstliche Kanäle. Wir wollen unsere Städte und Gemeinden zurück zu einem naturnahen Lebensraum machen, indem natürliche Uferzonen wiederhergestellt und ökologische Strukturen



gefördert werden. Zudem möchten wir innovative Ansätze zur **Stromerzeugung mit Fischschutz kombinieren**, beispielsweise durch moderne, fischverträgliche Turbinentechnik in den Flüssen oder am Klärwerk.

Der Schutz von **Mooren und Filzen** muss konsequent umgesetzt werden. Diese sensiblen Ökosysteme sind wichtige Kohlenstoffspeicher und Biodiversitätshotspots. Ebenso darf es keine weiteren großflächigen **Versiegelungen wie am Südtiroler Platz am Rosenheimer Bahnhof geben**, die den Boden versiegeln und den natürlichen Wasserkreislauf stören.

Neben dem Schutz der Natur soll auch das **stadtgrüne Leben gefördert werden**: Initiativen wie Green City e.V., die sich für mobile Begrünungsideen wie Blumenkübel einsetzen, verdienen mehr Unterstützung. Ebenso soll der **Wildwuchs von Begleitgrün an Straßenrändern** erhalten bleiben, da er wichtige Lebensräume für Insekten und Kleintiere bietet.



Ein zukunftsfähiges Rosenheim als Zentrum im Landkreis benötigt auch eine **umfassende Biodiversitätsplanung**, die den Erhalt und die Förderung der Artenvielfalt in der Stadt und den Gemeinden sicherstellt. Lokale Märkte für **regionale Produkte**, Unterstützung für **Marktschwärmer-Initiativen** und ein grüner Wochenmarkt stärken die Verbindung zwischen Mensch und Umwelt und fördern nachhaltigen Nahrungsanbau in der Region.

Nicht zuletzt müssen auch der **Katastrophenschutz und die Klimavorsorge** weiter ausgebaut und besser vernetzt werden, damit die Gemeinden für extreme Wetterereignisse und andere klimabedingte Krisen gewappnet sind. Insgesamt streben wir eine ganzheitliche, nachhaltige Umweltpolitik an, die Rosenheim und die umliegenden Städte und Gemeinden zu echten **Green Cities** macht – lebenswert, klimafreundlich und widerstandsfähig gegenüber den Folgen des Klimawandels.



Freizeit, Sport und Stadtleben: Räume für uns alle

Rosenheim braucht mehr Räume, in denen sich **junge Menschen frei und ohne Konsumzwang entfalten** können. Gerade in einer Zeit, in der **soziale Ungleichheit** auch über den Zugang zu Freizeitangeboten entscheidet, fordern wir dringend die Schaffung **konsumfreier Orte: Kreative Zentren, offene Jugendräume, Co-Working-Spaces**, Orte zum Verweilen und Spielen – **ohne Kaufzwang**. **Leerstände in der Innenstadt** sollen aktiv als **Pop-up-Stores, kulturelle Räume** oder für **kreative Zwischennutzungen** erschlossen werden, um der **Verödung der Innenstadt** entgegenzuwirken. „**Lebendigkeit**“ darf nicht nur über Konsum definiert sein – nach **Ladenschluss** muss die Stadt und unser **Landkreis weiterleben**.

Das Gelände der ehemaligen Landesgartenschau bietet enormes Potenzial für eine **vielfältige Freizeitnutzung**: Eine **stehende Surfwelle**



Beachvolleyballfelder, Tischtennisplatten, Calisthenics-Anlagen, ein Kiosk sowie neue **Sitz- und Schattenmöglichkeiten** können einen **lebendigen Ort für Bewegung, Erholung und Begegnung** schaffen. Auch die **Mangfall** sollte stärker als **Freizeit- und Aufenthaltsraum** genutzt werden – etwa durch einen **Stadtstrand** mit sicherem Zugang zum Wasser und attraktiver Begrünung. Die **Aufenthaltsqualität an den Flussufern** kann durch **mehr Sitzgelegenheiten, Beleuchtung und Veranstaltungen** deutlich verbessert werden.

Sportangebote und Sportanlagen müssen dringend an die **Lebensrealität junger Menschen** angepasst werden: Viele Plätze schließen bereits um **16 Uhr** – gerade dann, wenn Jugendliche Zeit haben. Wir fordern mehr öffentlich zugängliche Sportanlagen mit **längeren Öffnungszeiten** und die Nutzung von **Schulhöfen und Sporthallen auch in den Ferien**. **Schulen** sollen nicht nur **Bildungsorte**, sondern auch ein **Netzwerk für Freizeitangebote** darstellen – etwa durch **offene**



Turnhallen, Outdoor-Fitnessbereiche oder **Schulhöfe als Spielplätze** für die Nachbarschaft. Zusätzlich braucht es **mehr niedrigschwellige, kostenlose Sportmöglichkeiten** wie **Indoor-Spielräume für Kinder** oder **öffentlich zugängliche Fitnessgeräte**, deren Finanzierung über **Krankenkassen, EU-Fördermittel** oder **Drittmittel** erfolgen kann.

Breitensport und das **Vereinsleben vor Ort** brauchen **strukturelle Unterstützung**. **Vereine leisten nicht nur wichtige Arbeit im Bereich Gesundheit und Prävention**, sondern sind auch ein zentraler Pfeiler für **gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratiebildung**. Sie dürfen in ihrer Existenz nicht gefährdet sein – ihre **Beratung und Förderung durch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen ist essenziell**. Programme wie „**Stadtradeln**“ könnten auf weitere Sportarten ausgeweitet werden – etwa durch einen **Stadtmarathon** oder andere **öffentliche Events** in den Innenstädten wie **Slacklining, Klettern** oder **Sportfeste**.



Besonders im Winter fehlen Flächen: Das **Eisstadion** sollte stärker für **Breitensport** geöffnet werden, etwa für **Hobbyeishockey-Ligen**, **Eiskunstlaufvereine** oder **Eisstockschießen**.

Gleichzeitig braucht Rosenheim einen **modernen, inklusiven Umgang mit gesellschaftlicher Teilhabe**: Ein **kreatives Zentrum**, das auch als **SafeSpace** fungieren kann, ist ebenso notwendig wie die Entwicklung eines **Awareness-Konzepts** für **Großveranstaltungen** wie das **Rosenheimer Herbstfest**, die **verschiedenen Frühlingsfeste** im **in Bruckmühl, Großkarolinenfeld** oder **Weinfeste in Raubling und Prutting**. **Inklusion darf nicht an Schul- oder Veranstaltungsgrenzen enden** – wir fordern ein **kommunales Schutzkonzept** und die **Stärkung von Beteiligungsgremien** wie dem **Jugendbeirat** oder einem neu zu schaffenden **Integrationsbeirat**. **Weg von symbolischer Beteiligung hin zu echter Mitgestaltung**.



Auch das Thema psychische Gesundheit darf nicht außen vor bleiben: Kinder und Jugendliche brauchen niederschwellige, kostenlose und an Schulen und Bildungseinrichtungen beworbene Beratungs- und Therapieangebote – in der Stadt und im Landkreis. Die Stadt Rosenheim sollte hier gemeinsam mit Krankenkassen und Trägern ein umfassendes Konzept entwickeln. Freizeitangebote, Nachhilfe, kostengünstige Hobbys und sichere Treffpunkte sind nicht Luxus, sondern präventive Pflichtleistungen.

Wir dürfen **freiwillige kommunale Leistungen nicht gegeneinander ausspielen. Investitionen in Freizeit, Sport und Stadtleben dürfen keine Einsparungen an anderer Stelle bedeuten** – etwa im **Gesundheits- oder Sozialbereich. Sie sind kein Luxus, sondern essentiell für das Leben und Aufwachsen junger Menschen in Rosenheim und dem Landkreis.** Es geht um **Lebensqualität, Chancengleichheit** und **demokratische Teilhabe – für uns alle.**



Kultur: Vielfalt fördern, Barrieren abbauen

Kultur ist kein Luxusgut – sie ist ein Grundpfeiler einer lebendigen, offenen und demokratischen Gesellschaft. Gerade in einem wachsenden und vielfältigen Landkreis wie Rosenheim braucht es neue Impulse, **mehr Räume für Subkulturen, Jugendkultur und kulturelle Teilhabe aller Menschen**. Wir fordern deshalb gezielt **Orte für kulturelle Selbstentfaltung**: Das beginnt beim **Fanprojekt für Jugendliche**, geht über **Flächen für Streetart und legale Graffiti-Wände**, bis hin zu **multikulturellen Treffpunkten**, die **Barrieren abbauen** und **interkulturellen Dialog** ermöglichen. Kultur ist nicht nur klassisches Theater – sie lebt auf der Straße, an Hauswänden, in der Musik von Jugendlichen, in Tanz, Sprache und Gemeinschaft. Diese Angebote sollen per App buchbar sein.

Um kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen, wollen wir den Zugang zu Angeboten **deutlich erleichtern**. Dazu gehört ein **Rosenheim-**



spezifisches Kulturpass-Programm, das **bekannter gemacht und niedrigschwellig zugänglich** werden muss. Gerade für Kinder und Jugendliche sollen **kostenreduzierte oder kostenlose Angebote** geschaffen werden – etwa durch **günstigen Instrumentalunterricht**, der Talente fördert und soziale Ungleichheit abbaut. **Kulturelle Bildung** darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

Auch die **Finanzierung von Kulturangeboten und kulturellen Bildungsangeboten der Jugendarbeit** muss kreativer gedacht werden: Eine **Übernachtungssteuer für Tourist:innen** könnte zweckgebunden zur **Förderung kultureller Projekte** genutzt werden – etwa für **Jugendkultur, Open-Air-Veranstaltungen, Stadtteilstefte oder neue Kulturinitiativen**. So würden auch Besucher:innen direkt zum kulturellen Leben der Stadt beitragen.

Leerstehende Gebäude und Räume sollen gezielt für **temporäre Kulturprojekte** geöffnet werden – als **Ateliers, kleine Bühnen,**



Ausstellungsorte oder Workshopräume. So können **Orte der Begegnung** entstehen, die nicht nur kreativen Ausdruck fördern, sondern auch **den sozialen Zusammenhalt in Stadt und Landkreis stärken.**

Büchertauschschränke – wie etwa am **Salzstadl, am Schlossberger Rathaus, am Rosenheimer Bahnhof, am Rewe in Kolbermoor, eine Gondel in Rohrdorf und in Schechen** – sind ein einfaches, aber wirkungsvolles Beispiel dafür, wie **Teilhabe an Kultur im Alltag sichtbar und niederschwellig** möglich wird. Solche Formate sollen **ausgebaut und beworben** werden, genau wie das **gesamte Kulturangebot der Kommune**, das oft zu wenig bekannt ist. Eine **stärkere öffentliche Sichtbarkeit** hilft, bestehende Angebote besser zu nutzen und neue Zielgruppen zu erreichen.

Wir setzen uns auch für **Kulturpreise mit Bürgerbeteiligung** ein, bei denen die Gesellschaft selbst mitbestimmt, welche Projekte und Menschen für ihr kulturelles Engagement



ausgezeichnet werden. Das schafft nicht nur Anerkennung, sondern auch **Identifikation mit der Stadt und ihrer kulturellen Vielfalt**.

Kultur ist ein Raum der Begegnung, der Debatte, der Erinnerung und des Ausdrucks. Deshalb wollen wir auch **Gedenkort stärker sichtbar machen** und **Gedenkveranstaltungen etablieren**, die **Geschichte erfahrbar machen** und zur **Demokratieförderung beitragen**. Rosenheim braucht eine **aktive Erinnerungskultur**, die nicht museal, sondern lebendig und zugänglich ist.

Außerdem fordern wir die Bildung von Städtepartnerschaften und Freundschaften mit Kommunen in der Ukraine, um unsere Unterstützung und Solidarität zu zeigen und den Austausch jetzt und in Zukunft zu fördern.

Unsere Vision: Eine **bunte, kreative, zugängliche und demokratische Kulturregion Rosenheim**, in der **Vielfalt gefeiert, Barrieren abgebaut** und **kulturelle Entfaltung für alle** ermöglicht wird.



Bildung und Schule: Für gerechte Chancen und mehr Demokratie

Bildung darf niemals vom Geldbeutel der Eltern abhängen, sondern muss als Grundrecht für alle Kinder und Jugendlichen uneingeschränkt zugänglich sein. Deshalb setzen wir uns entschieden für **kostenlose Nachhilfe Angebote ein**, damit alle Schüler:innen die Unterstützung bekommen, die sie für den schulischen Erfolg benötigen – unabhängig von der finanziellen Situation der Familie. Ebenso wichtig ist uns ein **kostenloses Mittagessen an allen Schulen**, um sicherzustellen, dass niemand hungrig lernen muss und Chancengleichheit schon in der Versorgung gegeben ist. Außerdem fordern wir, dass der **Schwimmunterricht für alle Schüler:innen verpflichtend und flächendeckend angeboten wird**, denn Schwimmen ist eine lebenswichtige Fähigkeit und fördert die Sicherheit der Kinder.

Darüber hinaus muss die **Schul-Infrastruktur erhalten, modernisiert und bedarfsgerecht**



ausgebaut werden. Schulgebäude sind mehr als nur Lernorte – sie sollten auch als **Freizeit- und Begegnungsräume für Schüler:innen und Vereine genutzt werden.**

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der **politischen Bildung**, die wir als essentiellen Baustein für eine lebendige Demokratie und ein kritisches Bewusstsein ansehen. Wir wollen mehr Projekte und Initiativen wie „Life-teach-us“ fördern, die Jugendlichen praxisnah und mit regionalem Bezug Demokratie, Weltpolitik und gesellschaftliche Zusammenhänge näherbringen. Die **Demokratieförderung** und **Erinnerungskultur** sind wichtige Themen, die in den Schulalltag integriert und unterstützt werden müssen. Gerade in einer Zeit gesellschaftlicher Spannungen ist es wichtig, junge Menschen für demokratische Werte zu sensibilisieren und ihnen Räume für politische Teilhabe zu eröffnen.

Auch das Thema **Inklusion** steht bei uns ganz oben auf der Agenda. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Maßnahmen – sei es in der Infrastruktur,



im Unterricht oder bei Freizeitangeboten – inklusiv gestaltet werden und allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden, unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen oder Beeinträchtigungen.

Obwohl die Kompetenzen für viele schulische Belange nicht vollständig bei der Kommune liegen, gibt es gerade bei der **Verwaltung und Unterhaltung der Schulgebäude großen Handlungsbedarf**, den wir nutzen wollen, um die Lern- und Aufenthaltsbedingungen nachhaltig zu verbessern. Wir fordern, dass die **Schulbibliotheken** im ganzen Landkreis mit einbezogen werden, um kostenlose **Weiterbildungs- und Lernräume** zu schaffen. Ebenso fordern wir eine stärkere Förderung und Bekanntmachung der **Volkshochschule und des Bildungs- und Teilhabepakets**, damit diese wichtigen Angebote von allen Bürger:innen besser genutzt werden können.

Zusammengefasst steht für uns fest: **Schulische und außerschulische Bildung sind der**



Schlüssel für eine gerechte Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie. Deshalb brauchen wir umfassende, gerechte und inklusive Angebote in Stadt und Landkreis Rosenheim, die Schüler:innen, Familien und gleichermaßen unterstützen und stärken.



Wohnen: Bezahlbar, vielfältig, solidarisch

Wohnen ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für ein gutes Leben – doch in Rosenheim wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass Wohnen wieder **bezahlbar und für alle Menschen zugänglich** wird. Dazu gehört vor allem ein massiver Ausbau von **sozialem und genossenschaftlichem Wohnungsbau**, denn nur so können wir dauerhaft und nachhaltig günstigen Wohnraum schaffen, der sich nicht am freien Marktpreis orientiert, sondern am Bedarf der Menschen.

Neben klassischen Wohnformen wollen wir auch alternative Konzepte fördern, die das Zusammenleben und die gegenseitige Unterstützung stärken. Dazu zählen etwa **Mehrgenerationenhäuser**, in denen Jung und Alt voneinander profitieren und gemeinsam leben, oder das Modell des **Wohnens gegen Hilfe**, bei dem junge Menschen im Austausch für



günstiges Wohnen im Alltag unterstützen – sei es bei der Kinderbetreuung, im Haushalt oder im Nachbarschaftsnetzwerk. Solche Wohnformen fördern nicht nur die Gemeinschaft, sondern auch den sozialen Zusammenhalt.

Besonders für junge Menschen in Ausbildung und Studium möchten wir die Situation verbessern. Ein **Azubiwerk**, das gezielt günstige Wohnplätze für Auszubildende bereitstellt, kann hier eine wichtige Stütze sein, um die oft schwierige Suche nach bezahlbarem Wohnraum zu erleichtern und Ausbildungsabbrüche wegen fehlender Unterkunft zu verhindern.

Ein großes Problem ist auch der **Leerstand von Wohnungen und Gebäuden**, der wertvollen Wohnraum ungenutzt lässt. Hier fordern wir **konsequentes Handeln von der Stadt und den Eigentümer:innen**, um Leerstände zu minimieren und vorhandenen Raum in bezahlbaren Wohnraum umzuwandeln. Statt Leerstand brauchen wir dringend Wohnraum, der bezahlbar und lebenswert ist.



Darüber hinaus setzen wir uns für die **Unterstützung und Durchsetzung von Instrumenten wie Mietpreisbremse und Mietendeckel auf kommunaler Ebene** ein, um die Mietkosten zu begrenzen und Mieter:innen vor überhöhten Preisen zu schützen. Diese Instrumente müssen im Sinne der Mieter:innen gestärkt und aktiv von der Stadt umgesetzt werden.

Nicht zuletzt dürfen wir auch die Menschen nicht vergessen, die keine eigene Wohnung haben. **Übernachtungsmöglichkeiten für Obdachlose, besonders in den kalten Wintermonaten, müssen gesichert und ausgebaut werden**, um menschenwürdige Bedingungen und Schutz vor Kälte zu gewährleisten. Wohnen ist ein Menschenrecht, und wir dürfen niemanden zurücklassen.

Insgesamt wollen wir ein vielfältiges, solidarisches und bezahlbares Wohnen schaffen – für alle Generationen, für Auszubildende, Familien, ältere



Menschen und alle, die heute schon oder künftig
eine Wohnung suchen.



Jugendbeteiligung und Demokratie: Mitreden statt abwarten

Junge Menschen sind nicht nur die Zukunft unserer Gesellschaft, sondern wollen auch schon heute aktiv mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Deshalb fordern wir **deutlich mehr Rechte und echte Mitsprachemöglichkeiten für den Jugendbeirat** und die Etablierung von mehr Jugendbeiräten und - Parlamenten. Dieser muss als ernstzunehmendes Gremium mit verbindlichem Einfluss auf kommunale Entscheidungen ausgestattet werden – die Zeit der reinen Symbolpolitik ist längst vorbei. **Ehrliche und aktive Jugendbeteiligung** bedeutet, dass Jugendliche in Planungsprozesse und politische Debatten eingebunden werden, ihre Ideen gehört und umgesetzt werden.

Wir fordern, dass der Stadtrat verpflichtet wird, bei allen **Entscheidungen, die junge Menschen betreffen** – etwa in Bezug auf



Bildungseinrichtungen oder öffentliche Aufenthaltsorte – **mindestens eine:n Delegierte:n des Jugendbeirats einzubeziehen.**

Diese Person soll nicht nur anwesend sein, sondern auch ein verbindliches **Rederecht erhalten**, bevor entsprechende Anträge zur Abstimmung gestellt werden. Nur so kann echte Jugendbeteiligung gelingen. Jugendbeteiligung darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss konkret und wirksam sein. Dort, wo noch keine Jugendbeiräte oder andere vergleichbare Gremien geschaffen wurden, setzen wir uns für die **Schaffung echter Beteiligungsstrukturen** ein. Insbesondere im Landkreis fordern wir die konkrete Umsetzung und stete Fortentwicklung des **interkommunalen “Rosenheimer Modells” der Jugendbeteiligung**. Wir plädieren darüber hinaus auch für die Unterstützung von entsprechenden Strukturen in einzelnen Gemeinden.

Darüber hinaus braucht es **aktive Jugendarbeit**, die junge Menschen dort abholt, wo sie sind. Beratungs- und Freizeitangebote, die auf die



Bedürfnisse von Jugendlichen eingehen, sind eine kommunale **Pflichtaufgabe**. Die Jugendarbeit muss daher finanziell ausreichend ausgestattet und kontinuierlich gefördert werden. Nur so können Jugendliche bei persönlichen, schulischen oder beruflichen Herausforderungen unterstützt werden und erhalten Orte und Ansprechpartner, bei denen sie Rat und Hilfe finden.

Neben formalen Beteiligungsstrukturen ist auch der Zugang zu **Freiräumen** von großer Bedeutung. Jugendtreffs und sichere Orte, an denen sich junge Menschen ungezwungen treffen und entfalten können, sind unverzichtbar. In diesem Zuge wäre auch eine Stärkung und Förderung der Gemeindejugendpflege, der kommunalen Jugendarbeit in den Jugendämtern sowie Förderung von Streetwork in Stadt und Landkreis hilfreich.

Wichtig ist uns auch, dass die kommunale Jugendbeteiligung in Stadt und Landkreis nicht isoliert betrachtet wird, sondern in ein Gesamtkonzept eingebunden wird, das etwa auch



die **Stärkung von Demokratie Projekten an Schulen, die Unterstützung von Initiativen wie „Life-teach-us“ und die Förderung von politischer Bildung** umfasst. Nur so wird eine nachhaltige Demokratieförderung möglich, die junge Menschen zu mündigen und engagierten Bürger:innen macht.

Wir fordern außerdem, dass alle Kommunen im Landkreis bei allen Wahlen auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene U-18 Wahlen anbieten müssen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einrichtung eines Migrationsbeirats nach Münchner Vorbild. Ein solcher Beirat ist ein demokratisch gewähltes Gremium, das die Interessen von **Menschen mit Migrationsgeschichte vertritt**, ihre Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einbringt und sich aktiv für gleichberechtigte Teilhabe und gegen Diskriminierung einsetzt – **unabhängig vom Alter.** Besonders wichtig ist uns, dass der Migrationsbeirat auch die Belange junger Menschen mit Migrationshintergrund in



den Blick nimmt und deren Anliegen hör- und sichtbar macht. Denn nur durch echte Mitbestimmung kann eine vielfältige, gerechte und offene Stadtgesellschaft entstehen.

Kurz gesagt: **Jugend braucht Verantwortung – nicht nur Mitspracherecht, sondern echte Gestaltungsmöglichkeiten und Schutzräume, in denen sie sich frei entfalten kann.** Die Stadt und die Kommunen im Landkreis müssen dies als Auftrag und Chance begreifen, um eine lebendige, gerechte, inklusive und zukunftsfähige Gesellschaft zu fördern.



Schlusswort

Wir glauben an ein gerechtes, junges und lebenswertes Rosenheim. Unsere Vision verbindet Stadt und Land, Klima und Kultur, Mobilität und Teilhabe. Dieses Programm ist mehr als ein Papier: Es ist der Anfang eines neuen, solidarischen Miteinanders.

Wir Jusos stehen bereit. Für das Rosenheim von morgen!



Danksagung

Dieses Wahlprogramm – unser Roter Faden für Rosenheim Stadt und Landkreis – ist das Ergebnis gemeinsamer Arbeit, gemeinsamer Diskussionen und gemeinsamer Visionen. Unser besonderer Dank gilt über 30 jungen Menschen, die sich in mehreren intensiven Treffen mit viel Engagement eingebracht haben.

Sie haben ihre Wünsche, Probleme, Anregungen und Ziele offen geteilt, diskutiert, weitergedacht und miteinander verbunden. Aus unterschiedlichen Perspektiven ist so ein Programm entstanden, das zeigt, wie vielfältig, solidarisch und zukunftsorientiert junge Politik in Stadt und Landkreis Rosenheim sein kann.



Dieses Wahlprogramm steht für ein gutes Miteinander – in der Stadt und in den Gemeinden im Landkreis Rosenheim. Es ist unser gemeinsamer Anspruch, die hier formulierten Ideen und Forderungen nach der Wahl am 08. März Schritt für Schritt in die politische Praxis zu überführen und Verantwortung zu übernehmen.

Danke für eure Zeit, eure Offenheit, euren Mut und euren Einsatz. Dieser Rote Faden trägt eure Handschrift.



Am 8. März 2026
deine Stimme für
eine junge, gerechte,
solidarische
Zukunft.

Deine Stimme für
unsere Jussos und die
SPD!